



aus Wiesbaden

Nr. 16 – Juni 2003

*Liebe Genossinnen und Genossen,
im April hat die neue Legislaturperiode begonnen, und selbstverständlich gibt es auch wieder regelmäßig einen Brief aus Wiesbaden. Für mich ist als bildungspolitische Sprecherin ein neues Aufgabengebiet hinzugekommen. Unsere neue, stark geschrumpfte Fraktion hat ihre parlamentarische Arbeit aufgenommen und ihre neuen Plätze im Plenarsaal eingenommen. Nach dem niederschmetternden Ergebnis der Wahl war dies der nächste Schock, denn von einstmals 3 ½ Sitzreihen sind wir jetzt auf zweien zusammengequetscht, einige von uns müssen sogar hinter der FDP Platz nehmen. Die jüngsten Diskussionen um die Agenda 2010 haben ebenfalls nicht dazu beigetragen, dass besondere Freude in die zukünftige Arbeit eingekehrt ist. Ich denke, die Ergebnisse des Bundesparteitags vom 02.06. werden die Gesamtpartei noch lange beschäftigen. Es bleibt zu fordern, dass kommende Diskussionen über die Zukunft unseres sozialen Sicherungssystems nicht erneut mit der Kanzlerfrage verknüpft werden. Das schadet der Diskussionskultur in der Partei und führt langfristig nicht zum Erfolg! Trotzdem einen schönen Sommer!*

*Heike Habermann
Landtagsabgeordnete*



Eine Landebahn wird begutachtet

Vor dem Beginn der Planfeststellung für die Landebahn Nord-West liegt ein riesiger Stolperstein auf dem Ausbauweg von FRAPORT. Dieser Stolperstein heißt TICONA. Das Chemiewerk liegt direkt in der Einflugschneise und würde beim Landeanflug von Westen in 60 bis 70 Metern überflogen. Um die Risiken und die Höhe des Gefahrenpotentials einzuschätzen, wurde der TÜV Rheinland mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt. Nur das Ergebnis scheint der Hess. Landesregierung nicht zu gefallen. Obwohl die Gutachter darauf beharren, dass ihr Gutachten fertiggestellt ist, spricht das Hessische Wirtschaftsministerium davon, dass das Gutachten erst qualitätsgesichert werden müsse. Es gibt nach Aussage des Hessischen Wirtschaftsministers noch „einige Mängel“. Diese Mängel beruhen wohl hauptsächlich darauf, dass in einem Gutachten von 1991 das Absturzrisiko noch deutlich niedriger bewertet worden war, während das Ergebnis des aktuellen Gutachtens auf erhebliche Sicherheitsrisiken durch den Bau der neuen Landebahn hinweist. Im Juli soll das dann „qualitätsgesicherte“ Gutachten veröffentlicht werden. Ob sich dann wohl etwas an den Aussagen der Gutachter verändert hat?

Hessen – Schuldenland Nr. 1

Statt zum Schlaraffenland zu werden, wie es die Landesregierung in ihrem Regierungsprogramm verspricht, droht Hessen in Schulden zu versinken. Als erste

Amtshandlung seiner neuen Amtszeit erließ Finanzminister Weimar eine Haushaltssperre. Mindestens 500 Millionen sollen im laufenden Jahr eingespart werden. Das drohende Haushaltsloch ist jedoch mindestens doppelt so groß. Schuld ist nach Auskunft des Pleiteministers – wen wundert es – allein die Bundesregierung. So muss er sich wenigstens kein Gedanken über eigene Fehler machen. Allerdings kündigte er ‚unwahrscheinlich große Kraftanstrengungen‘ und ein ‚massives Nachdenken über andere Dinge‘ an. Konkreter wird er allerdings nicht: Wo und wie gespart werden soll hat Herr Weimar bis heute nicht verraten...



Mogelpackung Ganztagschule

‚Ganztagschule nach Maß‘ nennt sich gewichtig das Programm des Kultusministeriums. Allzu ernst sollte man diesen Titel nicht nehmen. Die fünfzig Schulen, die zu Beginn des neuen Schuljahres eine Zusage erhalten haben, erhalten zwischen 0,5 und 1 Lehrerstelle zusätzlich – damit lässt sich ein zusätzliches Angebot nur für wenige Kinder an wenigen Nachmittagen einrichten. Eine Flötenstunde am Nachmittag und ein belegtes Brötchen in der Cafeteria machen noch keine Ganztagschule. Statt mit falschen Erfolgsmeldungen im eigenen Land zu prahlen, sollte Kultusministerin Wolff endlich die Voraussetzungen zur Umsetzung des Bundesprogramms zum Aufbau von Ganztagschulen in Hessen schaffen. 20,8 Millionen Euro bekommt Hessen vom Bund allein in diesem Jahr. Dieses Geld muss auf die Schulträger zum Ausbau von Ganztagschulen verteilt werden. Andere schwarze Bundesländer zeigen, wie es geht: In Baden-Württemberg können die Schulen bereits Geld beantragen. Aber in Hessen passiert nichts außer Ankündigungen – still ruht der See!



Visionäre Landespolitik

Wie bei allen Themen so hat die Hessische Landesregierung auch zum Thema Gleichstellung von Männern und Frauen Visionen. Wie heißt es so schön im Regierungsprogramm: „Wir fühlen uns dem EU-Konzept zur Gleichstellungspolitik (gender mainstreaming) verpflichtet. Dieses verfolgt das Ziel, bei allen politischen, finanziellen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen die Chancengleichheit von Frauen und Männern mitzudenken und einzubeziehen. Die Hessische Landesregierung wird dieses Prinzip in ihre Geschäftsordnung aufnehmen. Da die gleichrangige Besetzung von Gremien mit Frauen und Männern nach wie vor keine Selbstverständlichkeit ist, werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass die Kompetenzen von Frauen bei der Besetzung von Gremien stärker berücksichtigt werden.“ Bei einem Blick auf die Regierungsbank im Landtag wird deutlich, was von Versprechen der CDU zu halten ist: Die Reihe mit Anzug und Schlips bekleideter unverkennbar männlicher Wesen, neun an der Zahl, wird gerade mal durch zwei Frauen ergänzt. Beim Vergleich mit dem Regierungsprogramm drängt sich die Frage auf: Sind die Visionen eher Halluzinationen? Oder sind die Kompetenzen von Frauen in der CDU unterentwickelt? Letzteres erscheint bei näherer Beleuchtung der männlichen Konkurrenz auf der Kabinettsbank kaum vorstellbar – dort wird die Vision zum Alptraum meint

Eure
Heike Habermann